

**Niederschrift über die Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 18. Juli 2011**
im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Mit dem Vorsitz beauftragt: Erster Landesbeamter Friedrich

Die Ausschussmitglieder: Kreisräte/innen:

Jäger (bis 16:03 Uhr), Jenner-Wanek, Sczuka	(CDU)
Forster, Gruber-Seibold	(SPD)
Auer, Wilhelm (bis 16:05 Uhr)	(FDP-FW)
Bodamer	(Freie Wähler)
Brodersen	(GRÜNE)

Die Vertreter/innen der Jugendverbände und der Verbände der freien Wohlfahrtspflege: Franke, Mayer, Rook (bis 15:00 Uhr), Waizel, Windmüller

Die beratenden Mitglieder: Keidel, Merz, Dr. Reuter, Schanbacher

Ferner:

Sozialdezernentin Dr. Längle-Sanmartin	
Dezernent Bauer	
Kreiskämmerer Geißler	
Kreisjugendamtsleiter Wieland	
Hr. Kirgis, Kreisjugendamt	Top 2
Hr. Dr. Kindler, Dt. Jugendinstitut München	Top 1
Herr Höflich, Schulsozialarbeit Waiblingen	Top 4
Hr. Kleppe PräventSozial gGmbH	Top 4

Weitere Mitarbeiter

Presse

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 16:35 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet Erster Landesbeamter Friedrich die Anwesenden, sich zu Ehren des am 12. Juli 2011 verstorbenen früheren Kreisrates und Oberbürgermeisters a.D. Dr. Werner Schmidt-Hieber von ihren Plätzen zu erheben.

Erster Landesbeamter Friedrich begrüßt Frau Klara Merz, Katholische Jugendreferentin der BDKJ Dekanatsstelle Rems-Murr als neues Mitglied des Jugendhilfeausschusses.

§ 1

Fortschreibung des Teilplans „Frühe Hilfen“ des Kreisjugendplans (Drucksache 2011-65-JHA18.07.)

Erster Landesbeamter Friedrich verweist auf die Drucksache 2011-65.

Jugendamtsleiter Wieland erläutert die Drucksache 65/2011 und führt hierzu aus, am 06.10.2008 sei beschlossen worden, im Kreisjugendamt ergänzend zum Sozialen Dienst, den Fachdienst „Frühe Hilfen“ für einen Modellzeitraum von 3 Jahren einzurichten und diesen wissenschaftlich begleiten zu lassen. Ziel sei es, durch präventive Unterstützung Kindesvernachlässigung und -missbrauch zu verhindern. Eine wichtige Komponente sei auch ein regelmäßiger Austausch der beteiligten Netzwerkpartner in Form eines regelmäßigen „Runde Tisches“. Aber auch die Elternbildung z.B. durch die Teilnahme am Landesprogramm „Stärke“ gehöre dazu. Im Zeitraum vom 01.08.2009 bis 31.10.2010 seien 385 geleistete Frühe Hilfen statistisch erfasst worden. Auch aufgrund der wissenschaftlichen Evaluation durch Herrn Dr. Heinz Kindler vom Deutschen Jugendinstitut in München werde empfohlen, den Teilplan fortzuschreiben und die Arbeit der Frühen Hilfen über den Modellzeitraum hinaus fortzusetzen. Hierzu sollen die eingerichteten neun 50% Fachkraftstellen für jedes der neun Sozialraumteams unbefristet weitergeführt werden. Die Arbeit des Fachbeirats solle ebenfalls fortgesetzt werden. Der Unterausschuss empfehle dem Jugendhilfeausschuss die Verabschiedung des Teilplans.

Herr Dr. Kindler, Dt. Jugendinstitut München, erläutert das Ergebnis der wissenschaftliche Evaluation anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Er berichtet, das Thema Frühe Hilfen betreffe die Jugendhilfe und die Gesundheitshilfe. Letztendlich sei es eine strategische Frage, wie die Gesundheitshilfe eingebunden werde. Wichtig sei, dass eine gute Kooperation unter den Netzwerkpartnern erfolge. Im Ortenaukreis sei dies über eine Vereinbarung geregelt.

Kreisrat Sczuka erklärt, es zeige sich, dass der Rems-Murr-Kreis wieder einmal seiner Zeit voraus gewesen sei. Daher habe man vor drei Jahren auch überdurchschnittlich investiert und sei heute gut aufgestellt. Es entstünden zwar keine zusätzlichen Kosten, es sei jedoch klar, dass sich die Fortsetzung auch auf den Haushalt auswirke.

Der Ausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Teilplan „Frühe Hilfen“ (C.2.1) wird wie in der Drucksache 2011-65-JHA18.07. dargestellt verabschiedet.

Auszüge:

1 Kreisjugendamt

1 Dezernat 5

§ 2

Verabschiedung des Teilplans „Vormundschaften, Pflegschaften“ des Kreisjugendplans (Drucksache 2011-66- JHA18.07.)

Erster Landesbeamter Friedrich verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Jugendamtsleiter Wieland erläutert die Drucksache 2011-66 zusammenfassend und betont, Ziel der Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts sei, den Kontakt zwischen Vormund bzw. Pfleger und dem Kind oder Jugendlichen zu intensivieren. Dabei solle ein Mitarbeiter höchstens 50 Vormundschaften oder Pflegschaften führen. Hierfür seien drei zusätzliche Stellen in der Besoldungsgruppe A11 im Fachbereich erforderlich. Dies verursache zusätzliche Personalkosten in Höhe von 200.000 EUR. Zusätzlich seien 5.000 EUR als Handgeldkasse für die Kontaktpflege zu den Mündeln vorgesehen. Der Landkreistag fordere vom Land einen vollen Kostenausgleich für das zusätzliche Personal. Ob das Land die Entschließung des Bundesrates übernehme und auf einen Ausgleich durch den Bund verweise, bleibe abzuwarten.

Der Leiter des Fachbereichs Unterhalt, Beistandschaften, Vormundschaften, Herr Kirgis, erläutert die Auswirkungen der gesetzlichen Änderungen anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrätin Wilhelm bittet um Auskunft, ob ein Vormund künftig eine bestimmte fachliche Qualifikation nachweisen müsse.

Kreisrätin Jenner-Wanek fordert die Einhaltung des Konnexitätsprinzips, auch wenn die Personalaufstockungen sicher sinnvoll seien.

Frau Mayer, Kreisjugendring, befürwortet, dass auch eine sozialpädagogische Betreuung erfolgen solle. Dies könne auch als „Tandemlösung“ erfolgen, bei der beide Qualifikationen erbracht werden.

Kreisrätin Bodamer erklärt, die Änderungen würde auch eine große Verantwortung für die Mitarbeiter bedeuten. Schließlich könne nicht mehr nur nach Bezirken oder Anfangsbuchstaben zugeteilt werden.

Herr Kirgis antwortet, dass darauf geachtet werde, dass das Kind/Mitarbeiter-Verhältnis passe. Es sei richtig, dass in Zukunft rechtliche als auch sozialpädagogische Kenntnisse erforderlich seien.

Jugendamtsleiter Wieland ergänzt, wie dies realisiert werden könne, hänge auch vom zur Verfügung stehenden Personal ab. Momentan gebe es nur einen Mitarbeiter, der beide Qualifikationen erfülle. Die Fallverteilung erfolge nach verschiedenen Faktoren, z. B. in Abhängigkeit vom Geschlecht, wobei insgesamt auch eine sozialräumliche Untergliederung berücksichtigt werden müsse. Er antwortet auf Frage von Herrn Windmüller, Kreisjugendring, die Stellenschaffung solle im Rahmen der Verabschiedung des Haushalts erfolgen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Teilplan „Vormundschaften, Pflegschaften“ wird wie in der Drucksache 2011-66-JHA18.07. dargestellt verabschiedet.

Auszüge:

1 Kreisjugendamt
1 Dezernat 5

§ 3

Umsetzung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes

(Drucksache 2011-67-JHA18.07.)

Erster Landesbeamter Friedrich verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Sozialdezernentin Dr. Längle-Sanmartin erläutert die Drucksache 2011-67. Sie legt dar, nachdem der Rems-Murr-Kreis von der Übergangsregelung beim Ausbau der Tagesbetreuung Gebrauch mache, müssten die Ausbaustufen zur Schaffung eines bedarfsgerechten Angebots jährlich beschlossen werden. Dabei seien kontinuierliche Fortschritte gemacht worden. So sei das Angebot für unter 3-jährige von 6,9 % im Jahr 2006 auf 20,4 % im Jahr 2010 erhöht worden; in der Altersgruppe von 3 bis 6 Jahren von 4,1 % auf 14 % und von 6 bis 14 Jahren von 3,1 % auf 22,7 %. Ein besonders großer Sprung sei im vergangenen Jahr bei der Ganztagesentwicklung und verschiedenen Betreuungsmöglichkeiten erreicht worden. Sie bedanke sich bei den Kommunen, dass trotz der wirtschaftlich sehr angespannten Situation in die Kinderbetreuung, weiter investiert und das Spektrum erweitert worden sei. Auch die Angebote im Bereich der Kindertagespflege hätten erweitert werden können, wozu die guten Konditionen im Rems-Murr-Kreis beitragen würden. Es seien trotzdem weiter gemeinsame Anstrengungen erforderlich, um die geforderte Betreuungsquote von 34 % zu erreichen. Ausreichende und adäquate Kinderbetreuung sei eine der zentralen Anforderungen im Hinblick auf den demografischen Wandel. Der weitere Ausbau werde allerdings durch den bereits bestehenden Fachkräftemangel doppelt schwierig.

Kreisrätin Jenner-Wanek begrüßt, dass das Angebot weiter bedarfsgerecht ausgebaut worden sei. Ein wichtiger Baustein seien die Tageselternvereine. Die Kinderbetreuung werde ein wichtiger Standortfaktor für die Städte und Gemeinden.

Kreisrätin Brodersen bestätigt auf Grund ihrer beruflichen Erfahrung die zunehmende Nachfrage. Die Angebote seien zwar verbessert worden, sie sehe jedoch einen Qualitätsverlust, da es zum Teil an pädagogischen Ansätzen bei der Betreuung fehle.

Herr Franke, Kreisdiakonieverband, erklärt, der Bedarf wachse zwar, der Rems-Murr-Kreis stehe jedoch gut da. Er weist darauf hin, dass in Backnang auch ein „Tages Eltern Haus“ angeboten werde. Wichtig sei, dass weiterhin eine Vielfalt an Angeboten im Rems-Murr-Kreis vorgehalten werden könnten. Eine gute Tagesbetreuung sei auch von existenzieller Bedeutung für Alleinerziehende.

Kreisrätin Bodamer bittet um den Sachstand hinsichtlich der Kliniktagesstätte am neuen Klinikum in Winnenden.

Kreiskämmerer Geißler antwortet, das Thema sei im Aufsichtsrat der Rems-Murr-Kliniken gGmbH sowie im Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss behandelt worden. Es gebe zwar Verzögerungen, trotzdem werde mit der Stadt Winnenden weiter verhandelt.

Jugendamtsleiter Wieland bestätigt, dass für den wachsenden Bedarf mehr Fachkräfte erforderlich seien. Wichtig sei die Qualitätssicherung. Ziel sei eine gute Aufteilung mit den Angeboten der Kommunen, wobei die Tageseltern nicht als Billigangebote bei der Kinderbetreuung werden dürften. Er bitte zu beachten, dass momentan auch der Umbau der Schullandschaft anstehe und dies Auswirkungen haben werde.

Der Ausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die der Drucksache 2011-67-JHA.07. als Anlage beigefügte Übersicht wird als sechste Ausbaustufe zur Umsetzung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes beschlossen.

Auszüge:

1 Kreisjugendamt

1 Dezernat 5

§ 4

Bericht über das Projekt „Achtung“ zum Verhaltenstraining (Drucksache 2011-68- JHA18.07.)

Erster Landesbeamter Friedrich verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Jugendamtsleiter Wieland erläutert die Drucksache 2011-68 und führt hierzu insbesondere aus, Nach der erfolgreichen Entwicklung und Praxisphase des Projektes „Bico – Soziales Kompetenztraining statt Schulausschluss“ in den Jahren 2005 – 2007, finde das „Achtung“ als Regelangebot mit zwei Durchläufen pro Jahr statt. Durchführender Träger im Auftrag des Kreisjugendamtes sei die PräventSozial gGmbH. Begleitet werde die Arbeit von einem Koordinierungskreis, bestehend aus Vertretern der Schulsozialarbeit, des Staatlichen Schulamts, dem Fachbereich Jugendarbeit des Kreisjugendamtes, der Polizeilichen Verkehrs- und Kriminalprävention sowie der PräventSozial gGmbH. Die Trainer und der Koordinierungskreis seien in den letzten Jahren mit der Tatsache konfrontiert worden, dass bestimmte negative Verhaltensauffälligkeiten in den Schulen deutlich zugenommen hätten und bereits bei Grundschulern festgestellt wurden. Gemeint seien hier z.B. fehlender Respekt und Rücksichtnahme gegenüber anderen oder die Schwierigkeit, sich an bestehende Regeln und Normen innerhalb des Klassenverbandes und der Schule zu halten. Nachdem „Bico“ speziell bei gewaltbereiten Schülern angesetzt habe, sei schnell deutlich geworden, dass im Sinne einer frühest möglichen Prävention, ein eigenständiges Konzept für jüngere Schülerinnen und Schüler entwickelt werden musste. In Absprache mit dem Koordinierungskreis habe daraufhin die PräventSozial gGmbH 2010 ein entsprechendes Konzept entwickelt und es sei mit der Planung einer möglichen Umsetzung begonnen worden. Das Projekt „Achtung“ umfasse ein viermonatiges Verhaltenstraining und richte sich an 10- bis 12jährige Schülerinnen und Schüler in den Schulen des Rems-Murr-Kreises, an denen Schulsozialarbeit vorhanden sei. Im Gegensatz zu „Bico“ würden Teilnehmer/innen nicht aus dem gesamten Rems-Murr-Kreis anreisen, sondern „Achtung“ finde am Wohnort bzw. im Einzugsgebiet des Schulbezirks statt. Ziel sei eine Sensibilisierung der Teilnehmer auf ihr Sozial- bzw. Gruppenverhalten. Das Fehlverhalten der Teilnehmer werde thematisiert und es werde versucht, den Teilnehmern realitätsnahe Reflexionen über das eigene Verhalten zu ermöglichen. Die Trainingseinheiten würden thematisch aufeinander aufbauen und seien so offen angelegt, dass sie flexibel die jeweilige Gruppensituation berücksichtigen könnten. Durch Hausaufgaben und deren Rückkopplung solle der Transfer von den Übungen im Verhaltenstraining, in den konkreten Schul- und Familienalltag der Teilnehmer und umgekehrt gesichert werden. Hier sei die Zusammenarbeit mit der Schulsozialarbeit unabdingbar. Zur Unterstützung der Teilnehmer und Verfesti-

gung der erlernten Fähigkeiten werden in Zukunft auch Patenschaften von Ehrenamtlichen angestrebt. Die Kosten für zwei Durchläufe pro Jahr für Personal- und Sachkosten würden nach Abzug des Eigenanteils des Trägers von 2.000 Euro für Sach- und Regiekosten, bei jährlich 15.000 € liegen, die im Rahmen der „Winnender Maßnahmen“ seit 2010 aus dem Jugendhilfehaushalt finanziert würden. Um die Wirksamkeit und die Nachhaltigkeit zu überprüfen, soll das Projekt in den nächsten drei Jahren von der Fachhochschule Esslingen wissenschaftlich begleitet werden. Hierfür entstünden dem Landkreis keine Kosten. Nach den ersten drei Jahren solle über den Fortgang des Projekts entschieden werden. Der erste Kurs mit neun Gruppensequenzen habe von November 2010 bis Februar 2011 im Salier-Schulzentrum in Waiblingen stattgefunden. In den Abschlussgesprächen habe sich gezeigt, dass durch den ersten Kurs bei den sechs Schülern positive Veränderungen zu Hause wie auch in der Schule zu verzeichnen waren. Seit Mai 2011 laufe der zweite Kurs im Schulzentrum Weinstadt. Ein dritter Kurs werde ab November 2011 stattfinden.

Herr Kleppe, Trainer der PräventSozial gmbH und Herr Höflich, Schulsozialarbeit Waiblingen, stellen das Projekt vor. Die zugehörige Präsentation ist dem Original der Niederschrift beigelegt.

Kreisrat Auer bedankt sich für die Vorstellung des Projekts. Er bitte um Auskunft, nach welchen Kriterien die entsprechenden Kommunen ausgewählt würden. Von Interesse sei auch, nach welchen Merkmalen die Aufnahme in die Gruppe nach dem Erstgespräch erfolge. Es sei zwar richtig, bei Kindern ab 10 Jahren anzusetzen, manche würden jedoch schon im Kindergarten oder in der Grundschule auffallen. Daher wäre zu überlegen, bereits früher zu beginnen. Eine Beteiligung der Polizei könne wegen des Datenschutzes nicht in Einzelfällen, sondern nur allgemein erfolgen.

Herr Höflich antwortet, grundsätzlich sei es richtig, „je früher desto besser“ zu beginnen. In den Grundschulen gebe es die soziale Gruppenarbeit. Beim Projekt Achtung, gehe es darum, mit einem eigenständigen Konzept die Lücke bei jüngeren Schülerinnen und Schüler zu schließen. Die Trainings erfolgen mit Schulen, in denen es Schulsozialarbeit gebe.

Kreisrätin Jenner-Wanek befürwortet, dass mit Beginn der Pubertät mit den Trainings begonnen werde, da in diesem Alter noch die Aussicht bestehe, Erfolge zu erzielen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht über das Projekt „Achtung“ zum Verhaltenstraining zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Kreisjugendamt

1 Dezernat 5

§ 5

Verschiedenes

Kreisrätin Gruber-Seibold berichtet, in der Fachpresse sei zu lesen, dass die Zahl von Kindern und Jugendlichen, die in Heimen untergebracht würden steigen würden. Sie bitte um Auskunft, ob es auch im Rem-Murr-Kreis vergleichbare Entwicklungen gebe.

Jugendamtsleiter Wieland antwortet, landesweit würden die Zahlen nach oben gehen. Der Rems-Murr-Kreis sei nur leicht hiervon betroffen, was auch ein Beweis für das Greifen der ambulanten Hilfen sei. Aktuelle Zahlen würden in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.11.2011 vorgelegt.

Erster Landesbeamter Friedrich verabschiedet Herrn Heinz Franke, Kreisdiakonieverband, der am 01.08.2011 in den Ruhestand tritt, aus dem Jugendhilfeausschuss und würdigt sein Engagement während seiner über 19 Jahre dauernden Zugehörigkeit.

Herr Franke bedankt sich für die gute Zusammenarbeit im Jugendhilfeausschuss.

Auszüge:

1 Kreisjugendamt
1 Dezernat 5

Zur Beurkundung!

Mit dem Vorsitz beauftragt:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Bernd Friedrich

Thomas Hasert